

Liebe Freunde,

Wir möchten mit Ihnen die folgende Glaubensaktion aus der Presbyterianischen Kirche in der Republik Korea teilen.

Pfarrerin Heawon CHAE, Ökumenereferentin, PROK

Die Presbyterianische Kirche in der Republik Korea (PROK) fordert die Abschaffung des Nationalen Sicherheitsgesetzes (NSL)

7. Dezember 2004

In dieser Adventszeit, in der wir uns an das noch vor uns liegende Kommen Jesu Christi erinnern und das Geschenk der Gerechtigkeit, des Frieden und der versöhnenden Liebe Gottes erwarten, halten etwa zwanzig Pfarrer der PROK vom „Verein Mission für das Leben“ (früher Verband von Minjung-Gemeinden) im Büro der PROK eine Gebetswache. Sie fordern die Abschaffung des Nationalen Sicherheitsgesetzes Südkoreas. Sie begannen ihre Gebetswache am 29. November und beabsichtigen, sie bis zum 9. Dezember, den letzten Tag der gegenwärtigen Sitzung der 17. Nationalversammlung der Republik Korea weiterzuführen. Gemeinsame Gebete, an denen auch andere Unterstützer und Ermutiger teilnehmen, finden jeden Tag fünf Mal statt, dazwischen verharren die Pfarrer, jeder für sich, weiter im Gebet. Zusammen mit anderen Anhängern bringen sie ihre Forderung nach Abschaffung dieses Gesetzes auch auf die Straße und zu anderen öffentlichen Plätzen. Ihre mutige, aus Glauben und Hoffnung geborene Aktion, verstärkt den schon von der 89. Synode der PROK im September 2004 erlassenen Aufruf zur Abschaffung des Gesetzes.

Am 1. Dezember jährte sich zum 56. Mal die Verabschiedung des Nationalen Sicherheitsgesetzes durch das Parlament. Darum beteiligten sich die fastenden Pfarrer an einer Gebetswache vor dem koreanischen Parlament, die von der ökumenischen christlichen Arbeitsgruppe für die Abschaffung des Nationalen Sicherheitsgesetzes organisiert worden war. Auch zu anderen Zeiten gaben sie ihren Forderungen öffentlich vor dem Parlamentsgebäude Ausdruck. Am 6. Dezember trafen sich Mitglieder der Kommission für Kirche und Gesellschaft der PROK und die fastenden Pfarrer führenden Politiker und der Uri-Partei in deren Hauptquartier; sie trafen dann auch Vertreter der Demokratischen Arbeiter-Party. Versuche, sich auch mit der Opposition, der Grand National Party, zu treffen, blieben erfolglos.

Die heftig umstrittene Angelegenheit der Abschaffung, Revision oder Erhaltung des Nationalen Sicherheitsgesetzes wurde in den letzten Monaten von den Regierungs- und Oppositionsparteien heiß diskutiert. Die herrschende Uri-Partei und die Demokratische Arbeiter-Party fordern seine totale Abschaffung, die wichtigste Oppositionspartei, die Grand National Party, gestand schließlich nur eine unwesentliche Revision zu. Dieses Problem ist auch in der allgemeinen Öffentlichkeit

äußerst umstritten, wodurch der ideologische Graben vertieft wurde. Die konservative Meinung besteht darauf, dass das Gesetz zum Schutz gegen den Norden erhalten bleiben muss, und die Fortschrittlichen sind der Meinung, dass es anachronistisch ist in einer Zeit der wachsenden Entspannung zwischen den zwei Hälften der Halbinsel. Es sei unzeitgemäß.

Am Abend des 6. Dezember hielten die Fastenden und andere Pfarrer der PROK sowie Laien eine Kerzen-Gebetswache vor dem Gebäude des Kor. Nationalen Kirchenrats im Zentrum von Seoul. Daran schloss sich ein Prozession durch die anliegenden Straßen an.

Die PROK glaubt, dass das Nationale Sicherheitsgesetz während der letzten 56 Jahre und bis heute Leben und Vertrauen der koreanischen Bevölkerung verzerrt und verbogen hat. Es wurde verwendet, um Demokratie zu unterdrücken, Wiedervereinigung zu behindern und unsere Leute zu spalten. Es wurde als Werkzeug verwendet, um die politische Opposition im Namen der Nationalen Sicherheit zu unterdrücken, und ist unentwirrbar mit schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte und antidemokratischer Gewalt verbunden. Mit Hilfe dieses Gesetzes sind unzählige Leute verhaftet und grausam gefoltert worden, Familien wurden auseinandergerissen und Nachbarn einander entfremdet. Es hängt eng zusammen mit dem "Roten Komplex" und half diesem, sich durchzusetzen. Es muss unbedingt abgeschafft werden. Wir sind zutiefst besorgt, weil die Kräfte, die an diesem Gesetz festhalten, dies um ihrer eigenen persönlichen Interessen willen tun, um ihre eigene politische Macht zu sichern. Wie bereits von der 89. Synode der PROK im September 2004 gefordert, blockiert das Nationale Sicherheitsgesetz, ein Produkt der Diktatorischen Regierung jede nationale Versöhnung und friedliche Wiedervereinigung, manipuliert und fördert vielmehr Antagonismus und Misstrauen unter unseren Leuten. Wir glauben, dass, wenn wir Gerechtigkeit, Frieden und nationale Wiedervereinigung realisieren sollen, dieses Gesetz unbedingt abgeschafft werden muss. Die Bewegung zur Abschaffung dieses Gesetzes hat seinen Grund nicht in politischen Interessen, sondern in unserem Glauben.

Die PROK wird auch in Zukunft immer auf der Seite von Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung stehen. Wir bitten Sie darum, mit uns zu beten, damit unser ganzes Volk bald frei von Furcht leben kann, befreit durch die frohmachende Erfüllung der adventlichen Verheißung.